



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Haushaltsausschuss

2010/2300(INI)

1.4.2011

STELLUNGNAHME

des Haushaltsausschusses

für den Entwicklungsausschuss

zu der Zukunft der EU-Budgethilfe an Drittstaaten
(2010/2300(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Anne E. Jensen

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Haushaltsausschuss ersucht den federführenden Entwicklungsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. ist überrascht, dass im Grünbuch der Kommission nur so wenige Daten und Zahlen über die EU-Budgethilfe enthalten sind, und fragt sich, wie die daran beteiligten Parteien und Instanzen in vollem Umfang zu diesen Konsultationen beitragen können, ohne dass ihnen gemeinsame Angaben zu Zahlen und Tendenzen im Bereich der Budgethilfe zur Verfügung stehen;
2. vertritt die Ansicht, dass die EU eine wirkliche Qualitätsänderung in den Partnerländern erwirken sollte, und hält die Budgethilfe für ein wirksames Instrument zur Erreichung dieses Ziels, vorausgesetzt, sie steht in Einklang mit einem wirksamen politischen Dialog und trägt auch der Konditionalität Rechnung;
3. hält die Budgethilfe, wenn sie korrekt eingesetzt wird, für ein sehr wichtiges Instrument der Entwicklungsförderung, mit dem die Eigenverantwortung der Partnerländer für die Entwicklungsstrategien gestärkt, die Rechenschaftspflicht der Regierungen verstärkt und die Vorhersehbarkeit der Hilfe verbessert wird; betont jedoch, dass die Budgethilfe kein bloßer Finanztransfer sein darf, sondern vielmehr Teil eines Pakets sein muss, zu dem auch Politikdialog, Leistungsbewertung, Kapazitätsaufbau und andere unterstützende Maßnahmen gehören;
4. erinnert daran, dass klar definierte, eine breite Unterstützung findende und genau überwachte Indikatoren von wesentlicher Bedeutung sind, um die konkreten Auswirkungen der Budgethilfe in Drittländern aufzuzeigen, und dass die zuständigen Haushaltsbehörden regelmäßig aktualisierte Informationen über die Indikatoren und Leitlinien erhalten sollten, die den Entscheidungsfindungsprozess hinsichtlich der Budgethilfe maßgeblich beeinflussen; unterstreicht, dass diese Indikatoren besser auf den spezifischen Bedarf der Partnerländer zugeschnitten werden müssen, um die von der Kommission verfolgten Einheitslösungen zu vermeiden, die potenziell kontraproduktiv sind;
5. vertritt die Ansicht, dass sich Finanzierungsbeschlüsse über Budgethilfen nicht nur am erwarteten Nutzen, sondern auch an den kurz- und langfristigen Risiken orientieren müssen, denen sowohl die Geberländer als auch die Partnerländer ausgesetzt sind; stellt fest, dass der Rechnungshof in seinem Sonderbericht¹ voll mit dieser Bewertung übereinstimmt, indem darin hervorgehoben wird, dass erst noch ein solider Rahmen für das Risikomanagement entwickelt und umgesetzt werden muss;
6. hält die Vorhersehbarkeit der Mittelflüsse für einen der wichtigsten Faktoren zur Sicherstellung der Qualität der Ausgaben, da die Partnerländer dadurch in die Lage versetzt werden, eine langfristige Ausgabenplanung vorzunehmen und nachhaltige Verbesserungen in bestimmten Politikfeldern zu bewirken; tritt dafür ein, dass ein solcher

¹ Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofes Nr. 11/2010: „Verwaltung allgemeiner Budgethilfen in AKP-Staaten sowie in lateinamerikanischen und asiatischen Ländern durch die Kommission“.

Ansatz durch die Fiskalpolitik der Partnerländer und die Mobilisierung inländischer Einnahmen verstärkt werden sollte, was langfristig zu einer Verringerung der Abhängigkeit von Entwicklungshilfe führen sollte;

7. hält eine wirksame gegenseitige Rechenschaftspflicht für einen wesentlichen Aspekt der Budgethilfe und eine Vorbedingung für deren Nachhaltigkeit; vertritt die Ansicht, dass die Regierungen in den Geberländern und den Partnerländern nicht nur in ihren eigenen Ländern voll rechenschaftspflichtig sein sollten, sondern dass auch Regierungen, Parlamentarier und Bürger auf beiden Seiten ihren jeweiligen Partnern gegenüber rechenschaftspflichtig sein müssen; vertritt in diesem Zusammenhang die Ansicht, dass weitere Anstrengungen unternommen werden sollten, um die Öffentlichkeit in den Geber- und Partnerländern stärker für den Umfang und die Ergebnisse von Budgethilfe zu sensibilisieren;
8. betont, dass die Rechenschaftspflicht einer Partnerregierung gegenüber ihren eigenen Bürgern ist eine wichtige Triebkraft bei den Bemühungen ist, Entwicklungsergebnisse zu erreichen; stellt fest, dass sich bisher bei der landesinternen Rechenschaftspflicht nur geringe Verbesserungen verzeichnen ließen, was teilweise daran liegt, dass die Zivilgesellschaft und die Parlamente in vielen Ländern keine Kapazitäten haben, um sich in einem transparenten Haushaltsverfahren für bestimmte Politikentscheidungen einzusetzen und diese zu überwachen; fordert daher die Einführung einer systematischen Einbeziehung der Parlamente und der Zivilgesellschaft in den Dialog über die Politik zur Bekämpfung der Armut und in die jährliche Überprüfung der Budgethilfe;
9. betont, dass gegen Betrug und Korruption vorgegangen werden muss, und sieht in diesen Faktoren eine ernsthafte Bedrohung für die Entwicklungsziele und die Wirksamkeit von Budgethilfe, wodurch die Legitimität des Einsatzes dieser Hilfe untergraben werden könnte;
10. ist zutiefst davon überzeugt, dass eine eingehende Analyse der künftigen Budgethilfe der EU an Drittländer sich mit dem Problem der Einbeziehung des Europäischen Entwicklungsfonds in den Haushaltsplan der EU befassen muss; ist sich der historischen und institutionellen Hintergründe der derzeitigen Situation bewusst, glaubt aber, dass die Zeit gekommen ist, dass der Rat, die Mitgliedstaaten und die AKP-Länder anerkennen, dass dieser Zustand der Effizienz, Transparenz und Rechenschaftspflicht der EU-Budgethilfe abträglich ist; betont jedoch, dass eine solche Einbeziehung in den Haushaltsplan nicht dazu führen darf, dass der für die Entwicklungspolitik vorgesehene Gesamtmittelansatz gekürzt wird;
11. weist darauf hin, dass die EU auf internationaler Ebene größeres Gewicht hat als die Summe ihrer Mitgliedstaaten; fordert die Mitgliedstaaten, die Kommission und den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) auf, in Einklang mit der in anderen Politikbereichen bewährten Praxis die Koordinierung ihrer jeweiligen Budgethilfe an Drittstaaten zu verbessern, um mögliche oder bestehende Überschneidungen, Widersprüche und Ungereimtheiten zu beseitigen; bedauert, dass Bewertungen gezeigt haben, dass auf der Ebene der Sektoren die Schwäche der Politik, der Institutionen und der Systeme der Erbringung von Dienstleistungen die Geber dazu veranlasst hat, Projekte mit Hilfe ihrer eigenen Systeme durchzuführen und bilateral anstatt abgestimmt

vorzugehen, was gerade in Zeiten knapper Mittel völlig inakzeptabel ist und was es auch für die EU sehr schwer macht, ihre Zusagen hinsichtlich der leichten Vorhersehbarkeit der Hilfe einzuhalten; bekräftigt seine Ansicht, dass sich die EU-Budgethilfe in sämtlichen Phasen der Vorbereitung und Durchführung auf spezifische Bereiche konzentrieren sollte, die den größten Mehrwert versprechen;

12. betont, dass durch eine bessere Koordinierung die Mittelzuweisung optimiert, der Austausch bewährter Verfahren gefördert und die Wirksamkeit der Budgethilfen verbessert werden soll;

13. vertritt die Auffassung, dass die Union den Wertzuwachs anerkennen und sich zunutze machen sollte, der sich aus ihrem großen politischen Gewicht und der potentiell großen Tagweite ihres Handelns ergibt, damit sichergestellt ist, dass der politische Einfluss in einem angemessenen Verhältnis zur geleisteten Finanzhilfe steht.

BUDGET SUPPORT FROM EUROPEAN DEVELOPMENT FUND

**COMMITMENTS AND PROGRAMMING
IN ACP COUNTRIES UNTIL END 2009**

Country	9th EDF (2003-2007) commitments		10th EDF (2008-2013) programming		10th EDF (2008-2013) commitments	
	GBS	SBS	GBS	SBS	GBS	SBS
Barbados		10 500 000		8 300 000		
Burkina Faso	197 000 000	2 000 000	320 000 000	75 000 000	325 620 000	50 000 000
Burundi	84 120 000		90 000 000		68 700 000	
Benin	92 580 000	97 000 000	100 000 000	75 600 000	76 900 000	25 000 000
Bahamas			4 200 000			
Botswana		51 416 000		62 000 000		60 000 000
Belize				10 000 000		
Congo (RDC)	106 000 000				22 620 000	
Central African Republic	18 530 000		34 000 000		29 210 000	
Congo (Brazzaville)	30 450 000					
Cape Verde	21 225 000		33 000 000		16 300 000	11 500 000
Dominica		10 780 000	4 600 000			
Dominican Republic	38 000 000	48 200 000	91 300 000	53 700 000		
Ethiopia	58 273 703	162 464 024	195 000 000	200 000 000		200 000 000
Falkland Islands		4 547 116				
Gabon				10 000 000		
Grenada		10 000 000		5 000 000	5 290 000	
Ghana	111 000 000	5 000 000	175 000 000	83 000 000	216 020 000	8 000 000
Gambia			22 000 000			
Guinea-Bissau	18 100 000		32 000 000		32 950 000	
Guyana	41 196 379		30 200 000	14 800 000		
Haiti	36 200 000		48 000 000	10 000 000	64 580 000	
Jamaica	32 550 000	12 250 000	60 500 000	33 000 000	41 900 000	33 000 000
Kenya	125 000 000		126 800 000	66 400 000		
Comoros		16 465 000			7 270 000	
Saint Lucia				6 900 000		
Liberia	3 500 000		20 200 000		27 000 000	

Country	9th EDF (2003-2007) commitments		10th EDF (2008-2013) programming		10th EDF (2008-2013) commitments	
	GBS	SBS	GBS	SBS	GBS	SBS
Lesotho			53 800 000		26 000 000	
Madagascar	129 500 000		170 000 000	160 000 000	90 000 000	
Mali	156 530 000	87 000 000	150 000 000	106 500 000	155 700 000	
Mauritania			38 000 000	29 000 000		
Montserrat		17 200 000				
Mauritius	28 552 531	44 357 000	43 500 000		44 990 000	16 600 000
Malawi	85 500 000		175 000 000	60 000 000	123 890 000	
Mozambique	149 922 000	92 700 000	311 000 000	181 200 000	315 110 000	30 000 000
Namibia		85 000 000		60 200 000		
New Caledonia		21 500 000				
Niger	181 000 000		150 000 000	135 000 000	93 000 000	15 000 000
Saint Pierre and Miquelon		12 810 000				
Rwanda	101 764 000		175 000 000	35 000 000	184 440 000	78 800 000
Seychelles			7 500 000		15 500 000	
Saint Helena		15 590 000				
Sierra Leone	62 000 000		90 000 000	10 000 000	64 820 000	
Senegal	53 000 000		133 000 000	25 000 000	75 000 000	
São Tomé and Príncipe				13 300 000		
Turks and Caicos Islands	14 635 000					
Chad	23 800 000					
Togo	5 000 000		32 000 000		32 500 000	
Trinidad and Tobago		27 300 000		24 300 000		
Tanzania	201 000 000	43 500 000	305 000 000	139 000 000	314 840 000	70 000 000
Uganda	92 000 000	17 500 000	175 000 000	55 000 000	175 000 000	
Saint Vincent and Grenadines				6 200 000		
Vanuatu	4 750 000		8 600 000			
Samoa				25 500 000		15 300 000
Zambia	179 000 000	93 000 000	232 000 000	136 000 000	255 000 000	35 000 000
TOTAL	2 481 678 612	988 079 139	3 636 200 000	1 914 900 000	2 900 150 000	648 200 000

GBS: general budget support (support for a country's national development strategy)

SBS sector budget support (support for a particular sector)

Source: European Court of Auditors Special Report No 11/2010.

**BUDGET SUPPORT
FROM DEVELOPMENT COOPERATION INSTRUMENT
COMMITMENTS IN ASIAN AND LATIN AMERICAN COUNTRIES
2002-2009**

Country	GBS	SBS	TOTAL
Bangladesh	0	105 000 000	105 000 000
Bolivia	0	96 500 000	96 500 000
Ecuador	0	54 600 000	54 600 000
Guatemala	0	33 800 000	33 800 000
Honduras	60 500 000	34 000 000	94 500 000
Indonesia	0	145 000 000	145 000 000
India	0	340 000 000	340 000 000
Kyrgyzstan	0	65 000 000	65 000 000
Cambodia	23 100 000	30 000 000	53 100 000
Laos	16 200 000	0	16 200 000
Nicaragua	75 500 000	92 900 000	168 400 000
Nepal	0	38 000 000	38 000 000
Peru	0	60 800 000	60 800 000
Philippines	0	59 000 000	59 000 000
Pakistan	0	109 000 000	109 000 000
Paraguay	24 000 000	54 000 000	78 000 000
El Salvador	37 000 000	37 100 000	74 100 000
Tajikistan	0	43 000 000	43 000 000
Uruguay	0	8 000 000	8 000 000
Vietnam	102 000 000	16 000 000	118 000 000
TOTAL	338 300 000	1 421 700 000	1 760 000 000

breakdown as follows:
2002-2006, from ALA:
810 125 000
2007-2009, from DCI: 949 875 000

GBS: general budget support (support to a country's national development strategy)

SBS: sector budget support (support for a particular sector)

Source: European Court of Auditors Special Report No 11/2010

BUDGET SUPPORT PAYMENTS IN 2009
FROM EDF AND EU BUDGET (DCI)

million EUR

REGION	Total budget support	GBS		SBS	
		Amount	% of total BS	Amount	% of total BS
ACP as % of BS to all regions	1 009.0 61%	755.1 97%	75%	253.9 29%	25%
LATIN AMERICA as % of BS to all regions	121.8 7%	6.5 1%	5%	115.3 13%	95%
ASIA as % of BS to all regions	112.0 7%	16.0 2%	14%	96.0 11%	86%
ENPI as % of BS to all regions	415.0 25%	0.0 0%	0%	415.0 47%	100%
TOTAL as % of BS to all regions	1657.8 100%	777.6 100%	47%	880.2 100%	53%

GBS: general budget support (support for a country's national development strategy)

SBS: sector budget support (support for a particular sector)

Source: DEVCO, European Commission

**LINK BETWEEN GBS ALLOCATIONS AND THE COMMISSION'S ASSESSMENT
OF RISK OF NON-UTILISATION OF GBS DUE TO THE NON RESPECT OF THE
ELIGIBILITY CRITERIA**

		LOW RISK	MEDIUM RISK	HIGH RISK
Number of ACP countries <i>with budget support programmes</i> planned in their national indicative programme for the 10th EDF		20	14	8
Number of ACP countries <i>with no budget support programmes</i> planned in their national indicative programme for the 10th EDF		0	8	18
Budget support as % of the national indicative programme for the 10th EDF	Average	73.0 %	63.2 %	35.0 %
	Lowest	48.1 %	39.6 %	19.9 %
	Highest	89.4 %	95.3 %	84.7 %

Source: European Court of Auditors Special Report No 11/2010

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	31.3.2011
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 25 -: 3 0: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Marta Andreasen, Francesca Balzani, Reimer Böge, Lajos Bokros, Giovanni Collino, Jean-Luc Dehaene, James Elles, Göran Färm, José Manuel Fernandes, Carl Haglund, Lucas Hartong, Monika Hohlmeier, Sergej Kozlik, Jan Kozłowski, Alain Lamassoure, Giovanni La Via, Vladimír Maňka, Claudio Morganti, Nadezhda Neynsky, Miguel Portas, László Surján, Angelika Werthmann, Jacek Włosowicz
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Maria Da Graça Carvalho, Gerben-Jan Gerbrandy, Jan Olbrycht, Peter Šťastný
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 187 Abs. 2)	Ivo Vajgl